

BÜCHER

Wie kam der Keynesianismus nach Österreich?

Rezension von: Michael Mesch (Hrsg.),
 Wie kam der Keynesianismus nach
 Österreich? Die Ökonomik der Arbeiter-
 bewegung in der Nachkriegszeit, Bd. 2,
 ÖGB-Verlag, Wien 2016, 107 Seiten,
 broschiert, € 19,90;
 ISBN 978-3-990-46227-0.

Die Arbeiterkammer Wien hat sich, in Zusammenarbeit mit dem Renner Institut, über die Initiative von Günther Chaloupek, welcher zu den international renommierten Dogmenhistorikern zählt, außerordentliche Verdienste dadurch erworben, dass sie die Ökonomik der Arbeiterbewegung in der Zwischenkriegszeit aufgearbeitet hat. Das geschah in mehreren Bänden, welche das Resultat von einschlägigen Konferenzen repräsentierten, wo kompetente Referenten die Problematik darlegten.

Während dieses Projekt zumindest teilweise auf ältere Literatur zurückgreifen konnte, betritt die neue Initiative der Arbeiterkammer, nämlich „Die Ökonomik der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit“, weitgehend Neuland. Der erste Band dieser Reihe wurde abermals von Chaloupek ediert und befasste sich mit „Eduard März als Wirtschaftshistoriker und Wirtschaftspolitiker“. Der zweite Band, betreut von Michael Mesch, stellt die Frage: „Wie kam der Keynesianismus nach Österreich?“ Die Arbeit beschäftigt sich mit ebenso weit gespannten wie interessanten Themen.

Chaloupek präsentiert die Emigration von Ökonomen aus Österreich in die USA und nach Großbritannien sowie den Einfluss der Rückwanderer auf die Wirtschaftspolitik und das Wirtschaftsdenken in Österreich. Fast 70% der Emigranten wählten die USA als Ziel, ein Drittel Großbritannien, und nur wenige andere Länder. Die Auswahl der Destination hing nicht zuletzt mit der internationalen Verflechtung der Wissenschaftler zusammen. Ein Teil davon hatte bereits vor der deutschen Okkupation 1938 Angebote des Auslandes angenommen. Das galt für Friedrich A. Hayek, der 1931 an die London School of Economics berufen wurde, sowie für Josef Schumpeter, welcher 1932 von Bonn nach Harvard wechselte. Gottfried Haberler verfasste im Auftrag des Völkerbundes die Studie „Prosperity and Depression“ und wurde 1936 nach Harvard berufen. Fritz Machlup begann seine amerikanische Karriere 1935 an der Universität von Buffalo, von wo er über die John Hopkins-Universität nach Princeton wechselte. Oskar Morgenstern befand sich zur Zeit der Okkupation in den USA, wo er verblieb und 1938 bereits eine Professur in Princeton antreten konnte. Ludwig v. Mises übernahm nach seiner Pensionierung in der Wiener Handelskammer 1934 eine Professur in Genf, von wo er 1940 in die USA floh, wo er freilich wissenschaftlich nicht Fuß fassen konnte.

Die amerikanische Emigration

In theoretischer Hinsicht kann man diese Ökonomen der Österreichischen

Schule zurechnen, die sich in einem von Mises organisierten Privatseminar zusammenfanden. Das von diesem und Hayek 1927 gegründete „Institut für Konjunkturforschung“ vermochte die internationalen Kontakte erfolgreich auszubauen und vermittelte ihnen in seiner Publikationsreihe die Möglichkeit, mit wissenschaftlichen Arbeiten hervorzutreten. Die Initiative dieser Ökonomen war zumindest teilweise darauf zurückzuführen, dass sie die Wiener Universität sowie die Hochschule für Welthandel trotz ihrer Qualifikation weitgehend ignorierte. Insbesondere Letztere favorisierte skurrile Theorien wie die Ganzheitslehre von Othmar Spann. Auch die jüngeren Teilnehmer des Mises-Seminars emigrierten nach der deutschen Okkupation in die USA.

Anderen Gegebenheiten sahen sich marxistische oder sozialistische Ökonomen gegenüber. Ihnen blieb eine Universitätskarriere noch entschiedener verschlossen als ihren Kollegen der Österreichischen Schule. Betätigungsfelder fanden sie nur in den Volkshochschulen sowie in den Arbeitskammern und den Gewerkschaften sowie in der Journalistik. Aber auch diese Arbeitsmöglichkeiten wurden durch den Ständestaat massiv eingeschränkt. Ihnen fehlte somit die internationale akademische Vernetzung. Dennoch gelang es Otto Leichter und Julius Braunthal, in Arbeitnehmerorganisationen der USA Fuß zu fassen. Eduard März hatte schon vor 1938 in Wien bei IBM gearbeitet und konnte seine Tätigkeit in den USA fortsetzen sowie seine Ausbildung abschließen (siehe den 1. Band dieser Schriftenreihe). Ebenso vermochte seine spätere Ehegattin Maria Széczi ihre Studien dort zu absolvieren.

Adolf Sturmthal nahm ursprünglich gleichfalls eine marxistische Position ein und arbeitete zunächst in Büros der „Sozialistischen Internationale“ in Zürich und Brüssel. Nach seiner Flucht in die USA vermochte er dort eine Professur an der Columbia Universität anzutreten. In seiner Arbeit „The Tragedy of European Labour 1918-1939“ trat er für eine liberale Wirtschafts- und Sozialpolitik ein. Ebenso konnte sich Adolf Kozlik, ehemaliger Mitarbeiter des „Instituts für Konjunkturforschung“, im akademischen Bereich durchsetzen, indem er zunächst am Iowa State College lehrte. Ähnliches gilt auch für Albert Lauterbach.

Besondere Aufmerksamkeit verdient Karl Polanyi, welcher nach dem Ersten Weltkrieg aus Budapest floh und Mitherausgeber des „Österreichischen Volkswirt“ wurde. Seine Publikations-tätigkeit beschränkte sich jedoch nicht nur auf diesen Rahmen, sondern ging weit darüber hinaus. Er emigrierte bereits 1933 über England in die USA, wo er am Bennington College lehrte. Dort verfasste er sein Hauptwerk „The Great Transformation“.

Die letzte Gruppe der in die USA emigrierten Ökonomen rechnet Chaloupek dem liberalen Lager zu. Diese umfasste bedeutende Persönlichkeiten wie Karl Pribram, Gustav Stolper, Walter Federn, Alexander Gerschenkron, Gerhard Tintner sowie Peter F. Drucker.

Die britische Emigration

Von den nach Großbritannien emigrierten Ökonomen zählte nur eine Minderheit zur Österreichischen Schule. Da ist an erster Stelle natürlich Hayek zu nennen, welcher bereits 1931 an die London School of Economics beru-

fen worden war. Weiters lassen sich Paul Rosenstein Rodan, Paul Streeten (alias Hornig) sowie Franz Xaver Weiß hinzurechnen. Friedrich Hertz nimmt eine spezifische Position ein, als er sehr stark empirisch orientiert war. Er zählte zu den ganz wenigen Ökonomen, welche die Lebensunfähigkeitsthese Österreichs in Frage stellte. In seiner Arbeit „The Economic Problem of the Danubian States“ erstellte er eine Volkseinkommensrechnung für die Monarchie und die Nachfolgestaaten.

Zu den linksorientierten Ökonomen zählten Hans Mars, Walter Schiff, Ernst Steiner sowie Karl Forchheimer, welcher nach seiner Rückkehr nach Wien in der Schriftenreihe der Arbeiterkammer die erste Einführung in die keynesianische Theorie verfasste: „Keynes' neue Wirtschaftslehre“.

Noch interessanter für die österreichische Nachkriegsentwicklung erwiesen sich die jungen Ökonomen dieser Gruppe, welche in der Regel ihre Ausbildung in Großbritannien vollendeten. Dazu zählten in erster Linie Kurt Rothschild sowie Josef Steindl. Beide trugen wesentlich dazu bei, dass die österreichische Ökonomie nach 1945 wieder internationalen Ruf erlangte. Einen anderen Weg schlugen Stefan Wirlandner und Philipp Rieger ein. Sie formten in hohem Maße die österreichische Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Ihre grundsätzlich marktwirtschaftliche Position fand ihren Niederschlag in der Politik von Arbeiterkammer und Gewerkschaft sowie generell jener der Sozialpartnerschaft. Damit verband sich auch keynesianisches Denken in der praktischen Politik.

Diesem Kreis ist auch Theodor Prager zuzurechnen, welcher lange Zeit

den revisionistischen Flügel der KPÖ repräsentierte und letztlich diese 1969 verließ. Er fand sein Betätigungsfeld in der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer. Karl Ausch machte sich als Wirtschaftsredakteur der „Arbeiterzeitung“ um fundiertes wirtschaftswissenschaftliches Denken verdient. Er verfasste mehrere wirtschaftshistorische Bücher und war als Vorstandsmitglied der „Girozentrale“ tätig.

Zu den Ökonomen, welche in andere Länder emigrierten zählte Josef Dobretsberger. Dessen Exilländer waren die Türkei und Ägypten. Nach seiner Rückkehr wurde er Rektor der Universität Graz, widmete sich später der Politik und vertrat die „Volksopposition“ im Nationalrat. Peter Milford-Hilferding hielt sich in Neuseeland auf und arbeitete nach seiner Rückkehr u. a. im WIFO und in der Arbeiterkammer.

Auswirkungen auf Nachkriegsösterreich

So unterschiedlich sich die geschilderten Gruppen der Emigranten erwiesen, so sehr differierten auch die Effekte für das Land. Natürlich bedeuteten die Ökonomen, welche aus der Österreichischen Schule erwachsen und in die USA emigrierten, einen enormen Verlust für das internationale Renommee der österreichischen Nationalökonomie. Chaloupek sieht die Gründe dafür, dass die betreffenden Personen nach dem Krieg nicht zurückkehrten, einerseits in den krass unterschiedlichen Lebensverhältnissen und der geopolitischen Position des Landes, andererseits in der geringen Ambition der Universitäten, diese Professoren zu berufen. Trotz relativ häufiger Kontakte zu ihnen, sei es durch das WIFO,

sei es durch Banken, übten sie praktisch keinen Einfluss auf die österreichische Wirtschaftspolitik aus.

Ganz anders die britische Emigration. Rothschild und Steindl waren zunächst im WIFO tätig und regten von dort aus die theoretische Diskussion im nationalen, aber auch im internationalen Rahmen auf Basis des Keynesianismus an; Rothschild ab 1966 auch durch seine Berufung an die Linzer Hochschule. Die eher politisch engagierten, linken Ökonomen versuchten erfolgreich im Rahmen der Arbeiterkammer, nach Beendigung der Nachkriegsplanung ein keynesianisches, daher marktwirtschaftliches Konzept durchzusetzen. Wirlandner beeinflusste das wirtschaftspolitische Credo des ÖGB, und Rieger machte sich vor allem durch Weiterentwicklung der Sozialpartnerschaft verdient.

Konjunkturforschung und Sezession

Allerdings gingen nicht nur von der Arbeiterkammer wichtige Impulse für die Verbreitung makroökonomischen Denkens aus, sondern im hohen Maße auch vom WIFO. Alois Guger hat sich mit dessen Bedeutung dafür auseinandergesetzt. Die Gründung dieser Institution entsprang dem Aufkommen der Konjunkturanalyse sowie -prognose in den USA. Hayek absolvierte dort einen längeren Studienaufenthalt und kehrte mit einem entsprechenden Konzept nach Österreich zurück, wo er Mises für dessen Realisierung gewinnen konnte. Das „Institut für Konjunkturforschung“ wurde 1927 in der politisch zerklüfteten Situation Österreichs bemerkenswerterweise auf einer sozialpartnerschaftlichen Basis gegründet, eine Eigenschaft, welche bis in die Ge-

genwart grundsätzlich aufrechterhalten blieb.

Guger weist darauf hin, dass diese Einrichtung nicht nur aus analytischen Erwägungen gegründet wurde, sondern auch deshalb, um den hoch qualifizierten Ökonomen des Mises-Seminars, die von den österreichischen Hochschulen ständig ignoriert wurden, die Möglichkeiten zur Publikation sowie zum Aufbau internationaler Kontakte zu schaffen. Er sieht darin eine Parallele zur „Sezession“ in der bildenden Kunst zu Ende des 19. Jahrhunderts.

Die Gründung erwies sich in jeder Hinsicht als Erfolg. Hayek erhielt bereits 1931 einen Ruf an die London School of Economics, sein Nachfolger wurde Oskar Morgenstern. Zu den Mitarbeitern zählten Gottfried Haberler, Reinhard Kamitz und Ernst John. Kürzere Zeit waren auch Abraham Wald, Max Mitic, Adolf Kozlik, Alexander Gerschenkron und Gerhard Tintner im Hause tätig. Die Arbeit des Institutes vollzog sich auf Basis von „Measurement without Theory“. Es wurden ausschließlich empirische Fakten zur Konjunktur präsentiert. Das schloss nicht akzentuierte Positionen in der Schriftenreihe des Instituts aus und auch nicht theoretisch basierte persönliche Beratung der Regierung, die vor allem von Morgenstern getätigt wurde. Die genannten Ökonomen hatten sich bereits von der Österreichischen Schule entfernt und vertraten mehr oder minder neoklassische Positionen. Damit ist aber auch gesagt, dass aus diesen Kreisen keinerlei präkeynesianischen Impulse ausgingen.

Diese fanden sich in einem von Otto Deutsch, einem Wirtschaftsredakteur der „Neuen Freien Presse“, sowie Alexander Vertes, einem Beamten,

1932 präsentierten Buch „Aufbau nicht Abbau“. Darin schlugen sie ein umfassendes Investitionsprogramm vor, welches durch eine interne Anleihe finanziert werden und die Arbeitslosigkeit beseitigen sollte. Die Studie enthielt auch schon ein Multiplikatormodell. Sie wurde von vielen Industriellen und ausländischen Präkeynesianern begrüßt, von den dem Institut nahestehenden Ökonomen aber vehement wegen angeblicher Inflationsgefahr abgelehnt.

Innerhalb des Instituts organisierte Tintner nach einem Engländeraufenthalt schon 1936 ein Seminar über Keynes. 1937 informierte Steindl in der Zeitschrift für Nationalökonomie über Harrods „The Trade Cycle“. John hatte für das Jännerheft 1938 ein Artikel über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorbereitet, welcher jedoch letztlich durch eine Intervention des Präsidenten der Oesterreichischen Nationalbank, Viktor Kienböck, nicht veröffentlicht wurde. Nach der Okkupation wurde das Haus dem Institut für Konjunkturforschung in Berlin, unter Präsident Ernst Wagemann, unterstellt. Im ersten Monatsbericht nach dem Anschluss erschien ein Aufsatz, welcher die Wirtschaftspolitik der österreichischen Bundesregierung scharf kritisierte, unter anderem auch mit keynesianischen Argumenten. Guger will nicht ausschließen, dass darin auch Teile des genannten Artikels von John eingegangen waren – eine Auffassung, welcher sich auch der Rezensent anschließt.

Das WIFO – ein Zentrum der Forschung

Dem von Franz Nemschak wiedererrichteten „Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung“ kam für die Wirt-

schaftspolitik nach 1945 eine zentrale Rolle zu. Es verfügte, nach den Worten Erich Streisslers, über das „Monopol wirtschaftsempirischer Wahrheit“. Zwar konzentrierte es sich zunächst auf die Erstellung von Daten, die Identifikation von Problemen und die Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen (Nemschak), doch erforderten auch diese Aufgaben makroökonomisches Denken. Im WIFO wurden die Ansätze zur Entwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Richard Stone) durch Richard Strigl jun. und Hans Seidel übernommen und für die österreichischen Verhältnisse adaptiert.

Bereits im Herbst 1950 legten die Autoren eine Verteilungs- und Verwendungsrechnung für die Jahre 1937, 1948 und 1949 vor. 1951 richtete die Bundesregierung eine „Forschungsstelle zur Aufstellung volkswirtschaftlicher Bilanzen“ ein, in welcher das WIFO mit dem Statistischen Zentralamt zusammenarbeitete. Daraus erhellt, dass dem WIFO in der österreichischen Wirtschaftspolitik eine überragende Position zukam, da es faktisch allein über die entsprechenden Fachleute verfügte und alle Kontakte mit den internationalen Wirtschaftsorganisationen übernehmen musste. Die theoretische Basis der Institutsarbeit bildete bereits damals der Keynesianismus in seiner Ausprägung der „neoklassischen Synthese“.

Trotz guter persönlicher Kontakte übten die in die USA emigrierten Ökonomen keinen Einfluss auf die Arbeit des WIFO aus. Wohl aber gilt das für Teile der britischen Emigration. Rothschild kehrte 1947 zurück und konnte seine Tätigkeit im WIFO aufnehmen. Steindl folgte 1950. Beide erbrachten wesentliche Beiträge zur keynesianischen Theorie und erarbeiteten kon-

krete Studien. Umgekehrt vermittelte ihnen das Institut jene Arbeitsmöglichkeiten, welche ihnen die Universitäten verwehrten. Hier sei die skandalöse Ablehnung der Habilitationsschrift Steindls durch die Universität Wien wegen deren Verfassung in englischer Sprache zu nennen. 1968 schließlich trat Kazimierz Laski in die Abteilung für Internationale Wirtschaftsvergleiche des WIFO ein.

Freilich müsste man darauf hinweisen, dass sich die Einstellung der Universität bald änderte. Theodor Pütz stellte in einem Privatissimum einen laufenden Kontakt mit dem WIFO – als dessen stellvertretender Präsident er fungierte –, aber auch mit den Sozialpartnern sowie kompetenten Wirtschaftsjournalisten her. Diese Aktivitäten mündeten dann in der Publikation eines Sammelbandes.¹ Die jungen Assistenten Adolf Nußbaumer und Erich Streissler legten ihren Vorlesungen selbstverständlich die keynesianische Theorie zugrunde. Letzterer nahm in diesem Sinne publizistisch häufig zur österreichischen Wirtschaftspolitik Stellung. Schließlich wurde Rothschild von Pütz habilitiert und 1966 an die Johannes-Kepler-Universität Linz berufen. 1971 folgte ihm Laski an diese Hochschule.

Ohne Zweifel haben die genannten Ökonomen Wesentliches zur theoretischen Diskussion im In- und Ausland beigetragen. Doch scheint Guger ihren Einfluss auf die Wirtschaftspolitik zu überschätzen. Diese wurde, wie ja auch den Beiträgen des Buches zu entnehmen ist, im Kreise der Sozialpartner, durch das WIFO sowie maßgebliche Persönlichkeiten wie Hannes Androsch oder Stefan Koren geformt. Demnach entstand das Konzept des „Austro-Keynesianismus“ gewiss nicht

durch den Einfluss Kaleckis, umso weniger, als dessen Konfliktansatz einer Sozialpartnerschaft strikt entgegensteht.

Die Arbeiterkammer – ein Zentrum der Wirtschaftspolitik

Und genau einem dieser wirtschaftspolitischen Zentren sowie den dort maßgeblichen Persönlichkeiten widmet sich der Beitrag Johannes Feichtingers.

Die österreichische Wirtschaftspolitik versuchte, den Übergang von der Nachkriegsplanwirtschaft zur Marktordnung mittels eines spezifischen Systems, der „Preis- Lohnabkommen“ zu bewältigen. Es lag auf der Hand, dass in diesem den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer eine zentrale Rolle zukommen musste. Dass diese Aufgabe erfolgreich bewältigt werden konnte, lag nicht nur am WIFO, welches die sozusagen technischen Probleme zu lösen hatte, sondern an den zuständigen Experten der Arbeiterkammer. Dass solche vorhanden waren, ging nicht zuletzt auf Stefan Wirlandner zurück. Dieser war bereits 1945 nach Wien zurückgekehrt und engagierte sich für den Aufbau der Wirtschaftspolitischen Abteilung. Der Übergang zur Marktwirtschaft erforderte jedoch eine Antwort auf die Frage, welche Politik zur Bewältigung der ökonomischen Probleme gewählt werden sollte. Sie ergab sich aus Wirlandners umfassender Kenntnis der keynesianischen Theorie. Er bemühte sich nicht nur, diese durch zahlreiche Publikationen zu verbreiten, sondern institutionalisierte sie schließlich 1957 durch die Gründung der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung in der Arbeiterkammer.

Parallel zu diesen Bemühungen musste jedoch die Frage geklärt werden, welches Wirtschaftssystem die Arbeitnehmerorganisationen anstreben sollten. 1944, aber auch noch 1947 sah Aussch es als unabweisbar an, das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen und eine Planwirtschaft nach sowjetischem Muster zu installieren. Auch im „Aktionsprogramm“ der SPÖ von 1945 war die Planung der „Gesamtproduktion“ vorgesehen. Der Arbeiterkammerpräsident Mantler verlangte 1948 ebenso, dass anstelle der „... vor allem durch das Profitstreben geleiteten und gelenkten Wirtschaft ... eine Wirtschaft der planmäßigen Deckung des Bedarfes zu setzen sei“.

Wirlandner wies derartige Vorstellungen am Zweiten ÖGB-Kongress 1951 zurück und verlangte, die Realität der Marktwirtschaft anzuerkennen – freilich mit dem Ziel, Vollbeschäftigung zu erreichen. Die Basis dafür sollte eine keynesianische Wirtschaftspolitik bilden.

Um diese zu realisieren, mussten auch die personellen Voraussetzungen geschaffen werden, denn zunächst stellte die Wirtschaftspolitische Abteilung der Arbeiterkammer einen Einmannbetrieb dar. 1957 gelang es Wirlandner, Philipp Rieger aus dem britischen Exil zurückzugewinnen, gleichzeitig gründete er – wie schon erwähnt – die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung, deren Leitung er Eduard März übertrug. Zu deren Mitgliedern zählte eine Fülle hoch qualifizierter ÖkonomInnen, wie Oskar Grünwald, Ferdinand Lacina, Theodor Prager, Maria Szécsi, Ernst Eugen Veselsky sowie Erwin Weissel. Alle diese entfalteten neben ihrer laufenden Arbeit eine lebhaftige Publikationstätigkeit, welche

das keynesianische Konzept verbreitete. Hier wäre zu bemerken, dass diese Abteilung nicht nur einen „Think Tank“ für die Arbeitnehmervertretungen darstellte, sondern auch eine bedeutende Personalreserve. Viele ihrer Angehörigen stiegen zu hohen Posten auf, sei es als Regierungsmitglieder, sei es als Vorstandsdirektoren oder als Universitätsprofessoren.

Trotz gelegentlich zutage tretender Neigung zu indirekter Planung, welche durch die französische „Planification“ Auftrieb erhielt und sogar 1968 zur Gründung einer kurzzeitigen Beiratsarbeitsgruppe führte, blieb in den 1960er- und 1970er-Jahren der Keynesianismus, in seiner Ausprägung der „Neoklassischen Synthese“, unbestrittener *Mainstream* in Österreich und wurde von allen Sozialpartnern akzeptiert.

Darin manifestierte sich auch die nächste wirtschaftspolitische Initiative der Arbeiterkammer, nämlich die Gründung des „Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen“, wofür sich besonders Rieger engagierte, welcher auch der erste Geschäftsführer der Arbeitnehmerseite wurde. Damit gelang es nicht nur, die Sozialpartnerschaft weiter auszubauen, sondern einen neuen Arbeitsstil zu schaffen. Hier traten ökonomisch ausgebildete Experten der Interessenvertretungen mit dem WIFO sowie Beamten der Ministerien zusammen, um spezifische Wirtschaftsprobleme gemeinsam zu untersuchen und Lösungsvorschläge auszuarbeiten.

Feichtinger gelingt es in seinem Beitrag, die Bedeutung der Arbeiterkammer nicht nur für die Verbreitung des Keynesianismus in Österreich, sondern überhaupt für die Konzipierung der Wirtschaftspolitik des Landes herauszuarbeiten. Er tut das auch durch

biografische Präsentation der Hauptakteure. Damit wird auch Wirlandner Gerechtigkeit zuteil, dessen überragende Bedeutung für die so erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung in Österreich nach 1945 durch sein zurückhaltendes Auftreten vielleicht zu seinen Lebzeiten nicht genügend gewürdigt worden war.

Alles in allem ist das Buch eine hervorragende wirtschafts- und dogmen-

historische Arbeit, in hohem Maße innovatorischen Charakters, welche einen Meilenstein in diesem Forschungsbereich setzt.

Felix Butschek

Anmerkung

- ¹ Pütz, Theodor (Hrsg.), *Verbände und Wirtschaftspolitik in Österreich* (Berlin 1966).